

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 1003 und 1004.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 1007 und 1008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtsiger Bestellungen ist vorherige Einleitung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebengesellschafts-Klimmerzeile oder deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das Setzdruckerwort 30 Pf. Jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 50 Prozent. Bei Familienanzeigen und Veranlassungsbekanntmachungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Dienstag, den 26. November 1918

Nummer 20

Die Ergebnisse der Reichskonferenz.

Die Reichsversammlung.

Unter Beteiligung der Vertreter fast aller Bundesregierungen tagte gestern die erste deutsche Reichskonferenz nach der Revolution. Nach interessanter Debatte gelangte sie einmütig zu folgendem Ergebnis:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
 2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
 3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
 4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Durchführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.
- Der ausführliche Bericht befindet sich auf der zweiten Seite.

Soll geht.

Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, die heute in der Reichskanzlei stattfand, darf damit gerechnet werden, daß der Staatssekretär Soll, dessen Haltung die schärfste Kritik der Versammelten herausforderte, in der aller nächsten Zeit seinen Abschied einreichen wird.

Bevorstehender Rücktritt Spahns.

Wie wir von autoritätvoller Seite hören, hat der Preussische Justizminister Spahn seine Entlassung einkereicht. Das Preussische Justizministerium dürfte dann mit gleichen Rechten von dem Genossen Rosenfeld als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Rechtsanwalt Heine als Vertreter der Sozialdemokratischen Scheidemann'scher Richtung verwaltert werden. Man kann es nur lebhaft begrüßen, wenn der von uns bereits vor einiger Zeit geäußerte dringende Wunsch, das Herr Spahn von seinem Posten scheidet möge, endlich Erfüllung findet.

Ludendorff entflohen.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ ist General Ludendorff über Schweden nach Schweden gereist. Schon vorher hat sich Herr von Tirpitz nach der Schweiz in Sicherheit gebracht. Wenn die Regierung nicht rasch und fest zugreift, werden die Hauptschuldigen des Weltkrieges, zugleich die wichtigsten Stützen der Reaktion, nach dem Auslande entflohen sein, um von dort aus die Gegenrevolution zu organisieren.

Frauen in die kommunalen Verwaltungen.

Wie uns von autoritätvoller Seite mitgeteilt wird, ist eine Erörterung der Preussischen Staatsregierung zu erwarten, daß Frauen einstimmen, d. h. bis zur Abgabe der gesamten kommunalen Verfassungen, die Möglichkeit erhalten sollen, mit gleichen Rechten wie Männer in die städtischen Deputationen gewählt zu werden.

Karl der Uneigennütige.

Wien, 25. November. Die Zeitung „Abend“ veröffentlichte eine Arie, aus der hervorgeht, daß Kaiser Karl sich in seiner Eigenschaft als Kommandant eines Bataillons von jährlich 1 1/2 Millionen Kronen hat auszahlen lassen. Die Bewilligung dafür wurde Ende Mai 1918 vom Kaiserlichen Kriegsministerium mit rückwirkender Kraft gegeben.

und der Kaiser ließ sich auf diese Weise noch 2 1/2 Millionen Kronen nachzahlen. Die „Arbeiterzeitung“ weist in ihrer Glosse zur Publikation des „Abend“ darauf hin, daß der Kaiser die Gebühren auch für November bezogen hat, trotzdem er das Oberkommando am 2. November niedergelegt hatte.

Deutschland erhält Lebensmittel.

Amstich wird gemeldet: Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten: „In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an so viel Orten ihr Leben bedroht und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Tonnage der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Fürsorge vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Wiederaufbaus zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel garantiert wird.“

Wir dürfen hoffen, daß die dringend nötige Hilfsaktion auch wirklich bald erfolgen wird. Hier heißt es wirklich: wer schnell gibt, gibt doppelt. Präsident Wilson wird damit die Hoffnung der deutschen Gegenrevolutionäre zerstören, die in grauoltem Ignorismus darauf spekulieren, daß Hunger und Not das Volk gegen die sozialistische Regierung ausbringen werde.

Südslaven und Italiener.

In den südslawischen Gebieten des ehemaligen Oesterreichs haben sich die alten nationalen Gegensätze außerordentlich zugespitzt. In Triest, dessen Bewohner der Mehrzahl nach Italiener, dessen Umgebung aber fast rein slawisch ist, ist es zu erhebelichen Kämpfen gekommen. Der italienische Gouverneur hat die sofortige Auflösung des südslawischen Nationalrats verfügt, die Slaven widersehen sich mit Gewalt. Nun haben auch die südslawischen Sozialisten Stellung genommen. In einer Vollversammlung der südslawischen sozialdemokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Befehle slawischen Bodens durch italienische Truppen protestiert und die Einverleibung Triests und des ganzen Küstenlandes mit Ausnahme Triests in den südslawischen Staat gefordert wird. Die südslawische Nationalregierung und die serbische Regierung werden aufgefordert, gegen das Vorgehen der italienischen Armee bei der Entente zu protestieren. Ferner wird die schleunigste Einrichtung einer provisorischen einheitlichen Staatsgewalt für das ganze Südslawien verlangt.

Auslehren!

Die Veröffentlichung des Verchenfeld'schen Berichts über die Vorgeschichte des Krieges muß für die Kriegsheter und alle diejenigen, die an die Schuldlosigkeit der deutschen Regierung von 1914 glaubten oder zu glauben vorzogen, niederschmetternd wirken. Die meisten Zeitungen, auch die konservativen und alldeutschen, enthalten sich deshalb auch verlegen jedes Kommentars.

Nedoch die „Tägliche Rundschau“, dieses eisenstärkige Organ der „Gebildeten und Stände“ laubt keine große Mitschuld an dem ungeheuerlichen Verbrechen dadurch verwischen zu können, daß es waren die heutige Regierung die niedrigsten Anwürfe richtet, sie der Verlogenheit, des Terrorismus und weit weit anderer Schleichtrafsen acht. Die Veröffentlichung sei nur erfolgt, weil man das zuerst betörte und jetzt kühnig gemordete Volk für die Revolution und ihre Wähler wieder einfangen wolle.

Wir beabsichtigen nicht, gegen die Auswürfe der Deut von der „Täglichen Rundschau“ die Revolution zu verteidigen. Dafür steht sie zu hoch. Wir erwähnen das Gesehe nur, um darauf hinzuweisen, wie duldsam die Regierung ist; in welchem Umfang auch ihre erbittertesten und gehässigsten Gegner von der Freiheit Gebrauch machen können.

Im übrigen hoffen wir, daß die Wut dieser Gesellschaft in der nächsten Zeit noch häufiger zum Auslösen gebracht wird, denn es müssen noch zahlreiche andere Aktenstücke vorhanden sein, deren Bekanntheit den Anstiftern des Verbrechens und seinen Ruchgehern böse auf die Nerven fallen wird.

Es gibt da, um nur ein paar herauszugreifen, Deveschen des deutschen Gesandten in Bukarest und des deutschen Botschafters in Rom, die recht interessante Einzelheiten enthalten. Nichts von alledem darf dem deutschen Volke verborgen bleiben. Nicht weil die Masse, wie sich die „Tägliche Rundschau“ ausdrückt, für die Revolution einzufangen werden soll, wohl aber weil wir ihr die Augen darüber öffnen wollen, welche frevelhafte Spiel mit dem deutschen Volke gespielt worden ist.

Trotz allem was sich ereignet hat, gibt es ja noch immer Millionen, die die ganze Niedertracht des alten Regimes nicht in vollem Umfang durchschaut haben. Sie müssen einsehen lernen, daß die Verantwortung für das Elend der vier Jahre und die unglückliche Lage, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, die Nachhaber von 1914 tragen.

Nun wird es vielleicht auch den bürgerlichen und sozialistischen Demokraten, die tagaus, tagein nach kleinmüßiger Einberufung der Nationalversammlung rufen, klar, wessen Weisheit sie befragen.

Die Gegenrevolutionäre und die Männer, die hinter ihren trotzigsten Mienen ein schlechtes Gewissen verbergen, möchten die Wahlen lieber heute als morgen, weil sie uns nicht die nötige Zeit zur Aufklärung lassen wollen. In ihrem Interesse liegt es, wenn ein belagertes und nicht ein belehrtes Volk an die Urne geht.

Aber nicht allein die Feststellung der Wahrheit tut not. Es müssen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen, und es müssen darüber hinaus alle die bestraft werden, die dem verbrecherischen System gedient haben oder als Mitwisser schweigsam geblieben sind.

Dabei handelt es sich in erster Linie um unseren auswärtigen Dienst. Dem Auswärtigen Amt und unseren diplomatischen Vertretungen im Ausland tut die gründlichste Säuberung not.

Dr. David, der so energisch die Schuldlosigkeit Deutschlands verteidigte und spitzfindig in Wort und Schrift „bewies“, daß Rußland angefangen habe, mag es mit sich selbst ausmachen, ob er an seiner leitenden Stelle im Auswärtigen Amt bleiben kann. Es würde ihn ehren, wenn er seinen Abschied nähme.

Anderer steht es schon mit dem Staatssekretär Soll. Er war Kolonialminister, als der Krieg begann. Sollte er wirklich in Unkenntnis über seinen Unbruch geblieben

Die Konferenz der Bundesstaaten.

Originalbericht der „Freiheit“.

sein? Er hat, als die militärische Lage unaufrichtiger wurde, sein politisches und demokratisches Herz entdeckt. Bis dahin diente er treu und gehoramt Wilhelm und dem Großen Hauptquartier.

Besitzt dieser Mann im Ausland den Kredit, dessen der Staatssekretär des Auswärtigen für die Friedensverhandlungen bedarf?

Nach unserer Uebersetzung besitz er ihn nicht und sein Verbleiben im Amt würde die Friedensbedingungen, die uns auferlegt werden, nicht verbessern.

Und nun gar Herr Erzberger! Dieser geschäftige Politiker hat seine ganze Intelligenz und was mehr beizutragen, seine ganze Rührigkeit in den Dienst des Systems gestellt, dessen verbrecherischer Charakter lebt enthüllt ist.

Der vielgewandte Kontrahent stand in den ersten Kriegsjahren an der Spitze unserer Propaganda. Er hat ihr seine ganze Intelligenz und was mehr besagen will seine ganze Rührigkeit gewidmet. In seinen Händen liefen viele Fäden zusammen.

Ueber diese Propagandastärke und ihre moralische Berechtigung soll hier nicht ausführlich geredet werden. Es genügt, daß all die höchst anrüchlichen Dinge die auf diesem Gebiet getrieben wurden, bei unseren strengen Gegnern bekannt sind. Wir können von ihnen unmaßgeblich günstige Friedensbedingungen erwarten, solange der Mann, der sich mit Bestechungsversuchen und ähnlichen Manövern im weitestem Umfange befaßt hat, eine Rolle — und zwar eine so hervorragende Rolle — bei den Unterhandlungen spielt.

Seine demütigen und das deutsche Volk demütigenden Bittgesuche an Wilson und an die Entente werden daran nichts ändern. Es ist die höchste Zeit, daß man ihn seiner Funktionen entsetzt.

Von den Unterstaatssekretären von Stumm und v. d. Busche-Saddenhausen hielt es dieser Tage, daß ihre Demission unmittelbar bevorstehe. Soffentlich bestreitet sich das Gerücht und hoffentlich setzt man an ihre Stelle Männer, die sich bei der Vorbereitung und der politischen Führung des Krieges nicht kompromittiert haben.

Den beiden Unterstaatssekretären müßten andere Beamte des Auswärtigen Amtes folgen, die dort einen verhängnisvollen Einfluß ausüben haben. Ihre Namen zu nennen erübrigt sich, sie sind an den eingeweihten Stellen bekannt.

Damit ist genug. An unseren Gesandtschaften im neutralen Ausland sitzen, noch immer Diplomaten, die, sei es aus eigenem Antrieb, sei es im Auftrage der Berliner Zentrale während der letzten vier Jahre an Wochenenden betätigt waren, mit denen die neue Regierung nichts zu tun haben darf.

Wir nennen den Herrn von Lucius in Stockholm und den Freiherrn von Komberg in Bern.

Sie müssen entfernt werden, und zwar nicht nur der Sünden der Vergangenheit wegen, sondern weil man von ihnen Kollateralschaden nicht erwarten kann, daß sie sich den Ideen der sozialistischen Regierung anpassen vermögen.

Sie bilden eine Gefahr für das gegenwärtige System und ihre Gewerkschaftshotels könnten leicht zu Herden gegenrevolutionärer Bestrebungen werden.

Davon abgesehen aber wird der Eindruck erweckt, als ob man in Berlin nicht die Entschlossenheit oder nicht die Kraft besitze, sich dieser Träger der alten und kompromittierten Methode zu entledigen. Wie das auf unsere Gegner und auf ihre Geneigtheit zu einem bessern Frieden wirken muß, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, es geht um das System und nicht um die Personen, und es genügt, wenn an den führenden Stellen der Berliner Regierung zuverlässige Männer sitzen. Die untergeordneten Organe sind in der Lage, die besten Absichten zu durchkreuzen, und selbst wenn sie den Willen haben sollten, sich der Leistung loyal anzupassen, so sind sie durch ihre Vergangenheit belastet.

An der inneren Verwaltung mag das für den Knecht maniger bedenklich sein, weil wir ihre Organe durch die Arbeiter- und Soldatenräte kontrollieren können. In unserem öffentlichen Dienste besteht eine solche Mäßigkeit der Verantwortlichkeit nicht. Daher ausweichen und zwar gründlich ausweichen, ehe es zu spät wird!

Japanische Friedensbedingungen.

An diplomatischen Kreisen in Washington erklärt man, daß die japanischen Friedensdelegierten folgende sieben grundlegende Friedensbestimmungen vorschlagen werden: 1. Nebereinstimmung mit England wegen der Freizeit der Meere; 2. Sympathie mit dem Völkern der Willkür, die kleinen Nationen zu schützen; 3. Anerkennung der Notwendigkeit für Japan, die Ordnung in Sibirien zu sichern; 4. Anerkennung von Japans finanzieller, kommerzieller und industrieller Einflusssphäre in China; 5. dauernde Verbindung von Kiautschou; 6. japanisches Protektorat über die Karolinen, die Marianen und andere deutsche Inseln des Stillen Ozeans; 7. auf Gegenseitigkeit beruhende rechtliche Gleichstellung für japanische Bürger in der ganzen Welt.

Die französischen Genossen und die Bolschewiki.

Herrn W. November. Der „Humanité“ zufolge ließ sich die sozialistische Fraktion von den russischen Genossen Russlanow und Agelrod über die Zustände in Rußland berichten. Die Genannten wandten sich sehr scharf gegen den Bolschewismus und erklärten, daß dieser jede Ausgestaltung Rußlands heute unmöglich mache. Sie beteuerten die bolschewistischen Parteiführer bei der Auflösung der russischen Nationalversammlung, der Unterzeichnung von Neuapollon, der Unterdrückung selbst der sozialistischen Presse in Rußland. Schließlich verlangten sie möglichst schnelle Zusammenkunft der Internationalen, deren Urteil die Zustände in Rußland schon wesentlich besser würde, während die militärische Intervention der Alliierten nur die Reaktionskräfte in Rußland hätte.

„Humanité“ sowie „Capitaine“ teilen die Kritik und unterstützen die Botschaft der Sozialrevolutionäre. Daraus ist zu bemerken, daß die genannten russischen Genossen, die als Delegierte der Sozialrevolutionäre von der Moskauer Konferenz in Stockholm waren, schon vor etwa drei Monaten schon Appell an die Internationalen richteten mit dem Ersuchen, eine sozialistische Untersuchungskommission nach Rußland zu senden, die Klarheit über die vorliegenden Verhältnisse schaffen sollte.

Die Konferenz der deutschen Bundesstaaten begann kurz nach 10 Uhr im Kongreßsaal des Reichstagsgebäudes. Etwa 70 Vertreter der Freistaaten sind erschienen, neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer engeren Heimat die Regierung übernommen haben, und daneben noch unbekannte Männer zum Teil im Roten- oder Soldatenrock. Zwei lange Tische sind von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und die Beigeordneten Platz genommen haben.

Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden, Volksbeauftragten Ebert eröffnet. Er führte aus:

Die Arbeit, welche uns hier vorliegt, ist von oberstem Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernahmen, haben wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die sozialistische republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Volksbeauftragten die Exekutiv haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind schneller Frieden und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, hat dies die aller schlimmsten Folgen. Die Rettung heißt Präliminarfrieden. Angewiesen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsehen, denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden, die Kohlenförderung muß auf der Höhe gehalten werden, Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, aber ohne Experimente, nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckt, nach genauem Studium und unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte. Nun heißt es Arbeit schaffen, wozu die enge Einheit nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett der Wahlvereine zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Vorerst muß ein Provisorium zwischen Einzelstaaten und Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte sprachen der Staatssekretär Solz über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und den alliierten Nachbarn, wobei er die Lage des Reiches als außerordentlich bedrohlich darstellte, sowohl durch den nachteiligen Einfluß unserer Gegner, als auch durch die separatistischen Bestrebungen im Innern.

Zusammenfassend kommt Solz auf den unbedingten Verzichtswillen Frankreichs zurück, dem separatistische Eigenmächtigkeiten im eigenen Lande in die Hände arbeiten, so wenn der A- und E-Rat in Hamburg selbständig Beziehungen zur Sowjetregierung anknüpfen oder wenn von anderer Stelle unser Kurier des Auswärtigen Amtes auf der Reise nach Wien verhaftet würde. Er habe mit seinen Genossen lokal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reiches könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse gefährden alle Friedenshoffnungen. (Mehrfacher Widerspruch.) Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keine Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht übernehmen. 2. Die Auslandsverhältnisse dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem zentral gelegenen Ort zu tagen habe, muß ein baldigster Termin festgelegt werden, denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Solz schließt mit den Worten, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Das Referat war nicht viel mehr als ein Auszug aus der Presse der letzten Woche. Den einzigen Satz von Interesse sprach er aus, als er über Rußland berichtete und sagte:

Wir, d. h. die alte Regierung, hegen keine Sympathie für die Bolschewiki.“ Er bekennt sich also ganz ungewöhnlich als Anhänger des alten Systems.

Auch Erzberger hat nichts Neues zu sagen. Ueber die Tätigkeit der Waffenstillstandskommission meinte er, daß die Entente Grund zu neuem Kriege habe. Dieser Satz wurde durch den Zwischenruf von Kurt Eisner „Musin“ unterbrochen.

Kurt Eisner: Wenn wir zu einem Frieden nicht der Unterwerfung, sondern der Verständigung kommen wollen, müssen Männer die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen, die während der vierjährigen Kriegsjahre sich in keiner Weise mit Kriegspolitik kompromittiert haben. Wir in Bayern haben uns an den Kopf gegriffen, als wir lasen, welche Leute in die Waffenstillstandskommission entsandt wurden. Herr Erzberger, der die Weiterleitung mit der Anstellung der Verchwörung in den Ententeländern organisiert hat, ist unmöglich als Waffenstillstandsvollmächtigter. Seine Tätigkeit hat uns in der ganzen Welt kollekt und verhaßt gemacht. Solz hat Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unserer Gegner für minderwertig erklärt. Was muß ja beides den Frieden zum Scheitern bringen. Er könne die Tätigkeit Solzs und Erzbergers nicht anders als Konterrevolution nennen. Ich habe zuverlässige direkte Berichte von der Entente, daß sie nicht mit Vertretern des alten Systems verhandelt. Wir wünschen, daß alle kompromittierten Vertreter des alten Regimes den Weg nach Holland bald finden, soweit sie nicht vorher verhaftet werden. Erzberger, Solz und ihre Gleichen müssen für alle Zeiten erledigt sein. Wir brauchen sie nicht, sondern neue unbelastete Männer. Die zweite Forderung der Entente ist die, daß die Männer an der Spitze der Regierung das Vertrauen der Masse des Volkes genießen. Ich mache folgenden Vorschlag: Wir brauchen in Deutschland ein provisorisches Präsidium, aus unbelasteten Männern bestehend, das eintritt an die Stelle des Bundesrates tritt und alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur so verhindern wir die separatistischen Bestrebungen, die in Süddeutschland und im Rheinland stärker als je sich durchsetzen suchen.

Ebert tritt am 12. Okt. den Besonderen Deutsch-Oberwelts, Ruhe Fortmann, vorstellen zu dürfen, bei 23 Uhr der Versammlung betreten wurde. Factmann dankt für die freundliche Begrüßung und so-

kont, es dürfe kein Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier weile, er fühle sich schon völlig zugehörig.

Wolfgang Heine nimmt Solz und Erzberger in Schutz und wendet sich gegen Eisner.

Geithner-Loburg versteht, daß Heine für Erzberger eintritt. Die Sünden Erzbergers und des alten Regimes seien auch die Heines.

Lipinski-Sachsen erklärt: Solz wolle im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hinten stellen, wogegen schärfste Verwarnung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der A- und E-Räte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung könne zurückgestellt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. An eine Einberufung des Reichstags sei nicht zu denken, denn er sei mit dem alten Regime gefallen. Die sozialistische Regierung will zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Anknüpfung von Deutsch-Oesterreich, alles andere sei als Provisorium zu betrachten. Eine Ausschickung des Sozialismus zugunsten des Friedens dürfe keinesfalls stattfinden.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt Kautsky unterstützt Eberts Forderung einer Regierung, die vom Reichspräsidenten getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Sozialismus sei allerdings die Aufgabe der Männer der Regierung, dürfe aber nicht von einseitigen Kriegsbekämpfern getrieben werden. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommenen seien, die durch die eben veröffentlichten bayerischen Berichte so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Ulrich-Hessen hält Rückkehr zum alten System für unmöglich; er erklärt sich gleichfalls für den Ebertschen Vorschlag eines Präsidiums und wendet sich gegen Berlin. Die Soldatenräte müssen ihre Funktionen bis zur Nationalversammlung ausüben.

Verstein: Von Vesten kommen wir zum Frieden, wenn wir mit einem Handen an den Verhandlungstisch treten. Außer Zimmermann und Jagow sind noch andere höherstehende Personen festzunehmen.“ Er spricht sich gleichfalls dafür aus, daß zu den Waffenstillstandsverhandlungen nur Leute mit tadelloser politischer Vergangenheit entsandt werden. Die Note Solzs hätte nicht allein an Wilson, sondern an die ganze Entente gerichtet sein müssen. Sonst erweise sie als ein Versuch, Wilson gegen die Entente auszuspielen. Es ist in Deutschland Stimmung gegen die Entente geherrscht worden, genau wie unter dem alten Regime. Die Note Wilsons im Senat vom 11. November 1918 ist nicht mitgeteilt worden. Er hat dort Deutschland die Lieferung der notwendigen Lebensmittel versprochen. Zum Schluß verlangt Verstein, Männer zu den Friedensverhandlungen, die das volle Vertrauen auf der Gegenseite genießen.

Auch Heilmann-Württemberg verlangt, daß unbelastete Männer zu den Verhandlungen geschickt werden.

Nach der Mittagspause bringt Eisner einen Antrag ein, der ein fünf- bis siebenköpfiges Präsidium vorschlägt, das über der Reichsregierung steht.

Es entwickelt sich nun hierüber sowohl als auch über die Berichte Solzs und Erzbergers eine scharfe Diskussion.

Solz idem an führt aus, daß die Entente mit dieser Regierung Waffenstillstand geschlossen habe, doch... Grund vorliegt, daß sie mit ihr nicht verhandelt. „Ich bin der Meinung, daß die Mehrheit des gesamten deutschen Volkes hinter der jetzigen Regierung steht.“ In ausführlicher Rede bemüht er sich, die Notwendigkeit des baldigen Zusammentritts der Nationalversammlung zu beweisen. Er will nicht, daß die jetzige Regierung die Verantwortung allein trage, er will, daß sie auf dem ganzen Volke ruhe.

Haase weist auf die absolute Notwendigkeit hin, die Nationalversammlung einzuberufen, doch spricht er sich gegen den Wahlvorsitz Schelmans aus, indem er auf dessen positive Schwierigkeiten hinweist. Er wirft die Frage auf, was aus den okkupierten Gebieten sowie aus Polen und dem Ost- und Westpreußen solle. Die A- und E-Räte seien kein Surrogat wie einer seiner Vorredner meinte, sondern ein durchaus legales Ergoßnis der Revolution. Zwischen Solz und den Volksbeauftragten beständen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten.

Hiermit schloß die Debatte über politische Fragen, und es wurde das auf der ersten Seite mitgeteilte Resümee angenommen.

Es folgten nun die Referate über die wirtschaftliche Lage des Staates, und zwar an erster Stelle der in trübem Farben gehaltene Bericht des Ernährungsministers Wurm. Ihm folgte der Bericht Noth's über den Stand der Demobilisierung, der in dem Schrei nach Arbeit und nachwärts Arbeit absetzte.

August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte vor jedem Eingriff in das Geld- und Kreditwesen Deutschlands, weil gravitierende Veränderungen der jetzigen Lage der Dinge unweigerlich zum Zusammenbruch führen müßten.

Schäffer vom Reichsstatistikamt plädierte aus Staatsgründen für Stabilisierung der staatsrechtlichen Verhältnisse und erwiderte ein großes unvollständiges Finanzprogramm. Zum Schluß ergriß wiederum Ebert das Wort und führte aus, daß, wenn die deutsche Republik leben sollte, sie Arbeit brauche, und Sozialismus sei Arbeit. 50 Jahre Arbeit der Sozialdemokratie hätten den Arbeiter selbständig gemacht, mit Selbstbewußtsein und Selbstzucht sozialpolitische Arbeit zu leisten. Es wurde nun folgende Entschickung angenommen.

Um das wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten, die ungehörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparbanken und sonstiger Kreditinstitute auf den bisherigen Grundlagen und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich.

An Nebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute an unzulässig ist.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Vertreter der Bundesregierungen.

Bei der Sitzung waren die Bundesstaaten folgendermaßen vertreten:

- 1. Bremen: Minister Dirck, Minister Strödel.
- 2. Bayern: Präsident Eisner, Reichsminister, Erzberger, a. Kohl, Dr. Lehner, Ober-Regierungsrat Kling, Dr. Schürle.
- 3. Sachsen: Minister, Dr. Weidmann.

in die Hände des Interimssekretärs vor den. Das übergeben wurde. Es war ursprünglich meine Absicht, Mitteilungen über das Friedensangebot ein vor dem 1. Jan. d. J. Staatsgerichtshof zu machen, der die Möglichkeit des Krieges nachzuprüfen haben wird. Man verbreitete aber B. L. R. unter dem 20. November jenes Dementi, das den mir bekannten Tatsachen widerspricht. Es zeigt sich also, daß auch heute noch vollgongener Revolution das Auslandliche Amt an denjenigen Methoden festhält, die in den letzten Jahrzehnten so unsägliches Elend über Deutschland gebracht haben. Die Gefahr mußte vermieden werden, daß diese selben Männer, die für die Fehler der Vergangenheit mitverantwortlich waren, im Namen des Deutschen Reiches und Volkes an den kommenden Friedensverhandlungen teilnehmen würden. Nur um dieser, meinem Ermessen nach unermesslichen Gefahr vorzubeugen, entschloß ich mich, zur Veröffentlichung jener Tatsachen zu schreiten. Es muß einseitig vor aller Welt festgestellt werden, was die merkwürdige Phrasologie des Auswärtigen Amtes eigentlich bedeutet. Ich wiederhole: Am 21. November erklärt B. L. R., daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat. Am 23. November ist daselbe Auswärtige Amt genötigt, zuzugestehen, daß eine derartige Mitteilung tatsächlich an das Auswärtige Amt ergangen sei. Da nunmehr laut Mitteilung der Abendblätter vom 22. November die Unterstaatssekretäre von dem Busche und v. Stumm in den nächsten Tagen ihr Abschiedsgesuch einreichen werden, so darf man damit die Angelegenheit wohl als erledigt betrachten. Jaffe, m. p.

Wir sind nicht der Ansicht, daß die Angelegenheit damit erledigt ist und haben das bereits in unserem Leitartikel ausgeführt.

Immer wieder gegenrevolutionäre Machenschaften.

General Eigt von Arnim, der Oberkommandierende der 4. Armee, der in Kachen die roten Jöhnen verbot, und sein schneller Adjutant, der empfahl, die Arbeiter- und Soldatenräte davonzufügen, sind anscheinend nicht die einzigen Militärs, die es wagen, den Kampf gegen die Revolution aufzunehmen. Nach einer Meldung der „Berliner Arbeiterstimme“ hat der Kommandeur der 1. Armee, General der Infanterie v. Eberhard, beim Eingang seiner Truppe in die Rheinprovinz eine Proklamation erlassen, die ganz ähnliche Töne anschlägt. Es heißt da wörtlich:

„Armee-Kommandantur der 1. Armee, 18. Nov. 1918. Nachdem die 1. Armee in der Rheinprovinz eingetroffen ist, ist das Gebiet von der deutsch-luxemburgischen Grenze bis zum Rhein Operationsgebiet. Ich habe am 18. November die Kommandantur im Abschnitt Aachen, Metz, Trier, Wittlich, Gerolstein, Prüm, Kyllburg, Mandel, Daun, Dierdorf, Adenbach, Brohl, Neuwied, Mayen, Taus, Biersdorf, Aarbach, Niederwambach übernommen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden sind auf mich in der Aufrichterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstellen. Sollten sich in dem vorgenannten Operationsgebiet Soldaten- und Arbeiterräte gebildet haben, so haben sie sich selbstverständlich der militärischen Gewalt unterzuordnen. Das Tragen roter Abzeichen wird auf das Äußerste verboten. Der reibungslose Durchmarsch der Armee von rund 150.000 Mann und 60.000 Pferden erfordert, daß von allen Seiten meine Befehle und Anordnungen auf das genaueste befolgt werden. Die ordnungsmäßige Unterbringung solcher gewalttätiger Truppenmassen auf derart einem Räume wird große Anstrengungen an die Bewohner stellen. Ich wäre dankbar, wenn die Bevölkerung unserer tapferen Truppe nach den schweren Leiden und großen Aufregungen des Krieges jede mögliche Erleichterung gewähren würde. Die Armee hingegen ist angewiesen, auf die Heimat die größte Rücksicht zu nehmen. Der Oberbefehlshaber v. Eberhard, General der Inf.“

Es kann natürlich nicht gebühret werden, daß ein General sich anmaßt, die Errungenschaften der Revolution für null und nichtig zu erklären. Die Regierung wird dafür zu sorgen haben, daß dieser Herr seinen Posten, den er zum Kampf gegen die Revolution ausgerufen zu haben glaubt, entlassen wird. Die Arbeiter und Soldaten aber haben aus dem Auftreten dieser Herren v. Eberhard und Eigt von Arnim, wie hoch die Gegenrevolution bereits ihr Haupt zu erheben sucht, wie dringend Wachsamkeit nötig ist!

In anderen Truppenkörpern sucht man von oben her die Soldaten wenigstens gegen einen „terroristischen Bolschewismus“ aufzuspannen, aber den man sich hüten, nähere Angaben zu machen. So liegt uns ein Armeebefehl des Armeekorpskommandos 17 vor, in dem zunächst von dem „hohen vorbildlichen Willenshaftigkeit“ Hindenburgs die Rede ist, weil er sich entschlossen habe, „auf seinem Posten“ zu verharren. Dann liest man weiter:

„Der Herr General-Korpskommandant erklärt, daß die Oberste Heeresleitung mit dem Reichskanzler (1) die 1. Armee, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialistischen Partei, zusammenzuführen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern. Diese Andeutung muß unterdrückt werden.“

Aber auch die Reaktionen und Gegner der Revolution in Zivil wagen sich wieder kühner hervor. In Aachen haben die Beamtenvereine mobilisiert, um den Kampf gegen die roten in Aachen aufzunehmen. Der Verband der Aachener Beamten- und Angestelltenvereine hatte die Räte- oder Freie (wie man will), folgendes Telegramm an Ober zu richten:

„Sonnabend früh wurden auf Veranlassung des H. und S. Rates an Regierung- und anderen öffentlichen Behörden die vor einigen Tagen für unsere heimischen Arbeiter und Soldaten eingezogen, wogegen die Beamtenvereine protestieren. Sonntag früh sind die Behörden unter Beteiligung von roten Wachen wieder angetreten. Die gesamte Beamten- und Lehrerschaft, vertreten durch den Verband Aachener Beamtenvereine mit 23.000 Mitgliedern, ersucht zu veranlassen, daß die roten Wachen sofort wieder eingezogen werden, damit weitere Entschlüssen der Beamten- und Lehrerschaft unnötig werden.“

Sollen sich in den Herrschaften von Ober die richtige Antwort geworden!

In der Rheinprovinz über reaktionären Prehurgang steht in ihrer Annahmlichkeit die „Deutsche Tageszeitung“ den Vogel ab. Die von der „Freiheit“ zuerst veröffentlichte Erklärung des Genossen Eisner zu dem Telegramm Hindenburgs plößt bei dem Blatt mit einer Berührungspunkt des bayerischen Ministerpräsidenten, dem es Anmahnung und Reib auf die Populärheit Hindenburgs vorwirft, und über dessen politische Werten sich aufregt. In einem anderen Artikel steht das agrarische Organ mit aller Drapellostigkeit gegen die neue Regierung, die „Deutschland“ zu einem Kadaver gemacht habe. Im Aachen verlannt dieser Artikel nicht mehr und nicht weniger als die Wiedereinberufung des verstorbenen Reichstages, damit die reaktionäre Regierung sich von ihm die Richtlinien ihrer Tätigkeit vorzeichnen und sich durch ihn gewissermaßen legitimieren lasse. Allenfalls würde sich die „Deutsche Tageszeitung“ noch damit abgeben, wenn die Regierung sich bis zum Zusammenritt der Nationalversammlung jedes Eingelisses in die Befehlsbahn enthalten würde, wenn sie also so lange alles beim alten lassen wollte; aber nachdem die Regierung davon nichts wissen wollte, müsse die Verurteilung des Reichstages unbedingt verlannt werden.

Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit. Es scheint, daß man in jenen Kreisen nicht mehr recht an den Ernst der Revolution glauben zu brauchen meint. Man wird sich indessen täuschen. Die Arbeiter denken nicht daran, sich wieder aus der Hand schlagen zu lassen, was sie in den ersten Novembertagen erlangt.

- 1. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
2. Hessen: Ministerpräsident Ulrich, Erziehung u. Drogen, Graf.
3. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
4. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
5. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
6. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
7. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
8. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
9. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
10. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
11. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
12. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
13. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
14. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
15. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
16. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
17. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
18. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
19. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
20. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
21. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
22. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
23. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
24. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
25. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
26. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
27. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
28. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
29. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
30. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
31. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
32. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
33. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
34. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
35. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
36. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
37. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
38. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
39. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
40. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
41. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
42. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
43. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
44. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
45. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
46. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
47. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
48. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
49. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
50. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
51. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
52. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
53. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
54. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
55. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
56. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
57. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
58. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
59. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
60. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
61. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
62. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
63. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
64. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
65. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
66. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
67. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
68. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
69. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
70. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
71. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
72. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
73. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
74. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
75. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
76. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
77. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
78. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
79. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
80. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
81. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
82. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
83. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
84. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
85. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
86. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
87. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
88. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
89. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
90. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
91. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
92. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
93. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
94. Preußen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
95. Bayern: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
96. Sachsen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
97. Thüringen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
98. Württemberg: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
99. Baden: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.
100. Hessen: Ministerpräsident Graf, Minister des Innern, Graf.

Der Standal im Auswärtigen Amt.

München, 20. November. Mit Bezug auf den Brief des Grafen Czernin an die „Neue Freie Presse“, veröffentlicht unter dem 23. November, teilt Prof. Dr. Jaffe unter dem 22. November mit: Graf Czernin veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse“ ein Schreiben des Inhalts, die Reichsregierung, die Deutschland und Österreich-Ungarn im Herbst 1917 ein Friedensangebot von Amerika erhalten hätten, sei, soweit Österreich-Ungarn in Betracht käme, nicht. Es wird wohl genügen, wenn ich nachstehend den Wortlaut eines Briefes, den Graf Czernin dem Uebersetzer des amerikanischen Friedensangebotes schrieb, zum Abdruck bringe. Das Schreiben, dessen Original mir vorgelegen hat, ist vom 2. Januar 1918 datiert und lautet:

„Graf Czernin veröffentlichen Ihre mündlichen Darlegungen haben mich, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, in hohem Maße interessiert. Ich würdige vollst auf das patriotische Interesse, mit dem Sie sich all den schwierigen Problemen widmen. Ich komme aber bei näherem Ueberdenken Ihrer Mitteilung zu dem Schluß, daß es sich aus tatsächlichen Umständen nicht empfiehlt, im gegebenen Momente und wohl auch in der nächsten Zukunft die von Ihnen ausgenommenen Fäden weiterzuspinnen. Ich bedehre mich daher, das Ersuchen an Sie stellen, sich bis auf weiteres nicht ins Ausland zu begeben und behalte mir vor, im gegebenen Momente an Gner Czernin wahlgeborenen heranzutreten, um mir Ihre wertvolle Mitarbeit zu sichern. Empfangen Sie usw. Czernin m. p. Damit ist die Angelegenheit Czernin wohl beendet. Zu den Mitteilungen des Auswärtigen Amtes bezüglich des Friedensangebotes an Deutschland möchte ich noch bemerken, daß das betreffende Schriftstück meinerseits nicht wie das Auswärtige Amt

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung

(Reichsdemobilisierungsamt)

Verordnung

betr. Verbrauch der für Kriegszwecke zugewiesenen Sparmetallmengen zu Friedenszwecken

Um den Metall verarbeitenden Industrien und dem Metallhandel zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe mit möglichst beschleunigter metallische Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, ist die unverzügliche Aufhebung der die Verwendung derartiger Rohstoffe einschränkenden Beschlagnahmebestimmungen für Metalle in Vorbereitung. Zur Vermeidung jeder Verzögerung in der Umstellung von der Kriegsarbeit auf Friedensarbeit sind bereits durch Verfügung des Demobilisierungsamtes vom 14. November d. J. zunächst 20 Prozent der bisher durch Beschlagnahme festgelegten Metallbestände zur Verarbeitung für Friedenszwecke freigegeben worden.

Die Metallbestände rühren nachweislich zum größten Teil aus Zuweisungen für Kriegszwecke her, die den Firmen aus Beständen der Kriegsmetall-Alliengeseilschaft für Aach bei der Zinkhüttenvereinigung und dem Verband deutscher Zinkwalzwerke G. m. b. H.) zugewiesen worden sind. Diese Zuweisungen sind für Kriegszwecke zu Vorzugspreisen erfolgt, die unter den Selbstkosten liegen.

Durch die Befassung der für Kriegszwecke zu Vorzugspreisen zugewiesenen Bestände würde den verarbeitenden Betrieben und dem Handel bei Verwertung der nunmehr freigestellten bzw. noch freizugebenden Metalle ein ihnen nicht zustehender Vorteil aus Reichsmitteln zustehen, und zwar auf Kosten der für die Beschaffung der Metalle durch Enteignung und dergleichen in Anspruch genommenen Allgemeinheit. Es wird daher hiermit, insbesondere in Rücksicht auf den gleichfalls unmittelbar bevorstehenden Fortfall der Metallhöchstpreise auf Grund der Ermächtigung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 angeordnet.

Für alle am 13. November vorhandenen Bestände an noch nicht verarbeiteten Metallen laut nachstehender Aufstellung ist auf Zuweisung für Kriegszwecke aus den Beständen der Kriegsmetall-Alliengeseilschaft bzw. bei der Zinkhüttenvereinigung oder bei dem Verband deutscher Zinkwalzwerke G. m. b. H. zur Lieferung gelangt sind, haben die Eigentümer dieser Bestände den

sich aus nachfolgender Aufstellung ergebenden Unterschied zwischen Vorzugspreis und Grundpreis (letzterer entspricht dem derzeitigen Durchschnittspreis der Metalle) an die Kriegsmetall-Alliengeseilschaft, Berlin W 9, Potsdamer Str. 10/11, zugunsten des Reichs fiskus abzuführen, soweit die Metalle nicht nachweislich zu dem bei der Zuweisung ausgesprochenen Zweckingewissen verwendet und abgeliefert worden sind bzw. noch verwendet und abgeliefert werden.

	für	Kupfer	Zinn	Nickel	Zink	Aluminium
Vorzugspreis für 100 kg		350	700	1200	80	430
Grundpreis „ 100 „		450	1000	1500	130	530
Demnach abzuführen						
für 100 kg		100	300	300	50	100

Vorstehende Anordnung ist auf Legierungen und Verbindungen, sowie auf alle sonstigen, gelieferten Sorten der vorstehend genannten Metalle, z. B. Feinsilber, Zinkblech, Zinn usw. sinngemäß in Anwendung zu bringen.

Dieserigen Firmen, die nicht gewillt sind, die von dieser Verordnung betroffenen Metalle, Legierungen und Verbindungen zum Grundpreis zu verwenden, haben beaufs Nachführung der Mengen zum ursprünglichen Zuweisungspreis an die Kriegsmetall-Alliengeseilschaft mittels eingeschriebenen Briefes bis zum 10. Dezember 1918 Meldung an die Metall-Verbestelle der Kriegsmetall-Alliengeseilschaft (Abteilung H), Berlin W 9, Potsdamer Str. 10/11, zu erstatten.

Anfragen, die diese Verordnung betreffen, sind an die Metall-Verbestelle der Kriegsmetall-Alliengeseilschaft (Abteilung H), Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu richten.

Berlin, den 18. November 1918. Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Reichsdemobilisierungsamt)

Die Internationale und die deutsche Revolution.

Wieder sind nur wenige Betrachtungen der ausländischen sozialistischen Presse über die Revolution in unsere Hände gelangt. Reißt Arbeit es sich um kurze Rundgebungen zum Revolutionsbeginn. Ein abschließendes Urteil fällt noch feins der Blätter, die hier eintrafen.

„Het Volk“, das holländische Parteiorgan begrüßt die Revolution und verherrlicht vor allem die Einigung, die man beiden irrtümlich als eine Verschmelzung der Parteien ansieht. In den Vorgängen am 9. und 10. November schreibt das Blatt: „Wir dagegen jauden, das Herz voll von Dankbarkeit und Hoffnung, von Jubel und von Vertrauen; wir senden zum erstenmal seit Jahren einen Brudergruß über die Grenzen, der frei von Nebengedanken ist, einen Gruß aus voller Brust, ohne irgendeinen Vorbehalt. Heil euch, Arbeiter, Sozialisten von Deutschland! Heil für das große Werk unter das ihr eure Schultern gestemmt habt. Der Mut und die Treue, mit der ihr euch dem nationalen Gedanken hingeeben habt, müssen ihn verdoppeln und verdreifachen, jetzt wo der nationale und der internationale Gedanke ineinander verschmelzen, wo die Arbeit, die ihr zum Segen eures eigenen Volkes verrichtet, zu gleicher Zeit die Volkshilfe der Erdlinge für alle unterdrückten Völker ist.“

Die schwedischen Linksozialisten fordern im Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland die Errichtung der Schwedischen Republik. — Schweden ist Deutschland ein halbes Jahrhundert lang gefolgt, das darf auch jetzt in bezug auf die monarchische Frage nicht außer acht gelassen werden, so schließt ein Artikel von A. Kämpfe in „Folkets Dagblad Politiken“.

In Drantings Äußerungen zur deutschen Revolution kommt zwischen den Zeilen die Befürchtung vor einer Entwicklung zum Bolschewismus zum Ausdruck.

Bolschewismus oder nicht scheint überhaupt die alles beherrschende Frage zu sein. Die sozialistischen Blätter Hollands und Schwedens bringen lange Untersuchungen über den Bolschewismus, seine Vorzüge und seine Mängel.

Die französischen Sozialisten erhielten die Nachricht von der deutschen Revolution am dem Tage, an dem sich Gewerkschafter und Sozialisten zu einer gemeinsamen Tagung in Paris einfinden. Sie begrüßten die Tatsache mit großer Bewegung. Marcel Cachin fordert in der „Humanité“, daß die französische Partei sich einige, aufmerksam die Ereignisse jenseits des Rheines verfolge, und nicht zulasse, daß die siegreichen westlichen Demokratien sich gegen die Völker wenden, zu deren Befreiung sie wesentlich beigetragen hätten.

Dieser Gedanke kommt auch in der von der Versammlung der Gewerkschaften und der Sozialisten angenommenen Resolution zum Ausdruck. Die Resolution begrüßt die russische und die deutsche Revolution. Dann heißt es: „Wie Bebel und der alte Liebknecht es 1870-71 nach dem Sturz Louis Bonapartes getan haben, fordern die Arbeiter von Paris: ehrenhaften Frieden, Frieden der Gerechtigkeit, republikanischen Frieden für die deutsche Republik.“

Auch Guad Herde freut sich der Revolution, aber er meint, daß der Dampfer aufgesetzt werden müsse:

„Als vor achtzehn Monaten die russische Revolution ausbrach, waren wir toll vor Freude. . . . Man kennt das lässliche Drama, dem wir assistiert haben. — Nur Deutschland haben wir dieselbe Sorge, trotz der enormen Ueberlegenheit der industriellen Entwicklung des deutschen Volkes, trotz der viel größeren politischen Möglichkeiten seiner Bourgeoisie.“

Der „Belgische Sozialist“, das Organ der belgischen Arbeiter in Holland, bringt seine Freude ohne Einschränkung zum Ausdruck. Wahrscheinlich im Andenken an die Strafe unserer Reichsheiter, daß Rußland seine innere Befreiung den deutschen Bolschewisten zu danken habe, schreibt es:

„Das Proletariat könnte die Kriegspartei beglückwünschen, aber es wird das nicht tun. Wir nehmen das Resultat ohne weiteres an.“

Deutsche Arbeiter! Wir haben euch versprochen, euch nicht

zu verraten und euch nicht in den Rücken zu stoßen. Wenn unsere Reaktionen einen Augenblick daran denken, militärisch zu intervenieren, dann werden wir uns wie ein Mann — nicht gegen euch, sondern hinter euch und an eurer Seite befinden. . . .

Deutsche Arbeiter! Ihr habt eure Reaktion besiegt! Die Demokratie triumphiert durch euch und bei euch. Ihr habt die Bedingungen für einen dauerhaften Weltfrieden aufgestellt. Dieser Triumph ist ein sehr geistlicher, der von allen reaktionären Mächten sowohl im Innern wie draußen geachtet werden muß. In diesem entscheidenden Augenblick der Weltgeschichte rufen wir dem deutschen Proletariat zu:

Es lebe das republikanische Deutschland!
Es lebe die sozialistische Republik!

Im Augenblick scheint die Gefahr einer militärischen Intervention von Seiten der Entente gebannt zu sein. Aber es ist möglich, daß der Wunsch nach einer bewaffneten Intervention in den Ententeländern wieder laut wird. Dann werden wir unsere Freunde und Gefinnungsgenossen drüben an ihr Versprechen erinnern, und wir zweifeln nicht daran, daß wir dann das gesamte internationale Proletariat an der Seite des revolutionären Deutschlands finden werden.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftskommission und Betriebsräte.

Die auf Grund einer besonderen Vollmacht des Vollzugsausschusses ausgestellte Gewerkschaftskommission hat Richtlinien für die Wahlen der Betriebsräte und auch über ihre Befugnisse erlassen. Wie wir hören, hat diese Veröffentlichung starke Unzufriedenheit erregt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß während des Krieges in zahlreichen Betrieben die Arbeiter erhebliche Verbesserungen erzielt haben, obwohl die zuständige Gewerkschaftsorganisation es ablehnte, mit Bewegungen behelligt zu werden. Manche Verbesserungen sind oft gegen den Willen mancher Gewerkschaftsvorstände erzielt worden. Auch die Betriebsausschüsse haben vielfach wirtschaftliche Vorteile erreicht. Es wird befürchtet, daß die neuen Bestimmungen der Gewerkschaftskommission diesem Streben der Arbeiter hemmend und lähmend im Wege stehen werden. Viele Mitglieder von Betriebsräten wollen nicht mehr mitmachen, weil sie nun doch nur Statisten seien, denn die Arbeitgeber besäßen sich jetzt auf die Veröffentlichungen. Es wäre aber falsch, so ohne weiteres die Kerker niederzulegen.

Eine ca. 7000 Arbeiter und Angestellte vertretene Vertrauensmännerkonferenz der Firma Berliner Maschinenbau-A.G. vorm. L. Schwarzkopff nahm in ihrer Sitzung vom 25. d. M. folgenden Antrag an:

„Die Vertrauensleute der Arbeiter und Angestellten der Firma Schwarzkopff verlangen, daß der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission durch Betriebsräte erweitert wird, und zwar so, daß derselbe paritätisch aus beiden Parteien zusammengesetzt wird.“

Die Ansicht der Vertrauensleute ging dahin, daß sie in der jetzigen Zusammenstellung des Ausschusses nicht die in der jetzigen Zeit notwendigen Vertreter erblicken können. Aber nicht etwa aus böswilligem Geiste heraus, sondern aus der Tatsache, daß die jetzigen Ausschussmitglieder nicht die nötige Verbindung mit den einzelnen Betrieben und Arbeitern haben. Nur so ist es erklärlich, daß die Maßnahmen und Verfügungen des Ausschusses aeroben lähmend auf die Tätigkeit der Paritätisarbeiterräte wirken.

In diesem Sinne wünschen die Vertrauensleute die Unterstüßung ihres Antrages durch die gesamte Arbeiterschaft Berlins.

Versammlung der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosen von Groß-Berlin trafen gestern in vier überfüllten Versammlungen zusammen, um den Bericht der am vorigen Montag gewählten Kommission entgegenzunehmen, die be-

auftragt war, sich mit der Regierung wegen Beschaffung von Arbeit ins Einvernehmen zu setzen. Die Kommission, die sich aus Rat der Arbeitslosen konstituiert hat, erzielte folgenden Bericht: Man habe zunächst mit dem Vollzugsrat Fühlung genommen, der bei täglich drohender Arbeitslosigkeit zu fluchen. Der Vollzugsrat habe der Bewegung auch insofern Verständnis entgegengebracht, als er sich bereit erklärte, in großen Betrieben, die mit laufenden Aufträgen versehen seien, die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen, um neue Anstellungen Beschäftigungswahrscheinlich zu machen. Die Stadt Berlin wolle 10 bis 15 Millionen Mark für die Arbeitslosen bereitstellen und durch Ausföhrung von Erdarbeiten usw. der allgemeinen Not steuern. Merkwürdig ist auch daß die Stadt Berlin der A.G.G., welche für finanzielle Unterstützung zur Ausführung der Untergrundbahnarbeiten an die Stadtverordnetenversammlung gewandt hatte, mitgeteilt hat, daß die Firma sehr wohl aus eigenen Mitteln größere Anwendungen machen könne, andernfalls die Stadt Berlin die Sozialisierung dieses Betriebes in die Wege leiten würde. Der Rat der Arbeitslosen hat ferner bei allen in Frage kommenden Behörden darauf gedrungen, daß ihm in größeren Betrieben, ebenso wie in Gewerkschaften und Arbeitsnachweiser das Kontrollrecht zugestanden werde, da die von ihm vertretenen Massen den rechtswidrig aliierten Regierungsbeamten ein ihrer Sicht nach begründetes Mißtrauen entgegenbrächten. Durch die Kontrolle solle aber auch verhindert werden, daß das Heer der Arbeitslosen durch Mißbräute und Kaufleute vermehrt werde. Ohne genügende Beaufsichtigung seitens des Rates im Rahmen der Verträge versagen würden.

Die Angestellten der Mineralöl-Versorgungs-Gesellschaft m. b. H. (früher Kriegsmieröl-Gesellschaft m. b. H.) hielten am Sonntag vormittag in E. Habels Brauerei eine Betriebsversammlung ab. Eingeladen und anwesend waren die Vertreter einer Reihe von Kriegsgesellschaften, die der Kriegsdrohstoff-Abteilung unterstellt sind.

Die Anwesenden nahmen einstimmig Stellung zu den Standardfragen der Angestellten und faßten die folgenden Resolutionen:

1. Resolution.

Die am Sonntag, den 24. November 1918 in Habels Brauerei stattgefundene Versammlung der Angestellten der M. B. G. hat Kenntnis genommen von der ihnen bewilligten einmaligen Teuerungszulage. Sie betrachtet diese Regelung als ungenügend und will sie nur als eine vorläufige gelten lassen.

Die Versammlung beauftragt den Betriebsrat unter Wahrung der Forderungen auf laufende Teuerungszulagen vom 31. 5. 18: um eine Kleiderzulage für die Angestellten nach folgenden Grundsatzen zu erteilen.

Es sollen gewährt werden:
den Verheirateten eine Zulage von 1000 M.,
den Unverheirateten eine Zulage von 750 M.,
für jedes Kind (auch unehelich) 200 M.

Die Angestellten der M. B. G. erwarten von der Direktion und den vorgesetzten Behörden die Ermächtigung der Kolonnen dieser Kleiderzulage und deren rasche Bewilligung.

2. Resolution.

Die versammelten Angestellten der M. B. G. fordern die Entlassungen vor dem 1. 2. 1919 nicht ausgesprochen werden, mit die Zahl der Arbeitslosen möglichst klein gehalten wird.

Sind später Entlassungen notwendig, so sollen sie nur nach Grundsatzen erfolgen, die nur unter Mitwirkung der Angestellten und nach Verhandlung der Gewerkschafts-Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen mit den zuständigen Behörden für alle Kriegsgesellschaften gleichmäßig aufgestellt sind.

Die Angestellten der M. B. G. begrüßen die Bestrebungen der Zentralverband der Handlungsgehilfen durch Zusammenfassung aller Kriegsgesellschafts-Angestellten, eine tarifliche Regelung der Anstellungsbedingungen und Schaffung von Schlichtungsstellen, die Schlichtung von Streitigkeiten aus den Tarifen durchzuführen empfehlen dazu den Zusammenschluß im Zentralverband der Handlungsgehilfen.

3. Resolution.

Die Angestellten der M. B. G. fordern Auszahlung der Teuerungszulage auch an diejenigen Angestellten, die noch nicht von der M. B. G. sechs Monate beschäftigt sind; aber vorher bei anderen Kriegsgesellschaften tätig waren. In Kriegsdienstnehmer die in Auszahlung ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung in voller Höhe zu erfolgen.

Die Arbeitszeit bei der Mineralöl-Versorgungs-Gesellschaft m. b. H. ist auf 7 Stunden täglich, Sonnabend auf 4 1/2 Stunden ab 1. Dezember 1918 festgesetzt worden.

Theater und Vergnügen.

Opernhaus

8 Uhr: Ein Maskenball.

Schauspiele

6 1/2 Uhr: Die Journalisten.

Volksbühne.

Theater am Bülowplatz.
Direkt von Fried. Kayser.
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
Mittw. 7 1/2 Uhr: Der Kirchgärtner.

Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater

7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele

7 Uhr: Rosmerholm.

Kleines Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Gespenstersonate.

Lessing-Theater.

Direktion: Viktor Barnowsky.
7 1/2 Uhr: Der Marquis von Solis.
Mittw.: Der Schalk.

Deutsches Künstler-Theater.

7 1/2 Uhr: Nacht dieuchtung.
Mittw.: Auferstehung.

Theater I. d.

Königstheater Strass.

Mittw. 7 1/2 Uhr: Die drei Fränkler.
Donn. 7 1/2 Uhr: Der Hans in Al.

Komödienhaus

an der Marschallbrücke.
2 1/2 Uhr: Tanzende Nymphe.

Berliner Theater

2 1/2 Uhr: Seme,
die wieder leuchten.

Operette in 3 Akten.
Musik von Walter Kollo.
Jeden Mittwoch und Sonnabend.
nach 3 1/2 Uhr:
Lis's Märchenreise.

Frankfurter Tivoli

Frankfurter Allee 287

Inhaber: Richard Dahinter

Täglich:

bedeutendste Schlager
populärer Humoristen

Anfang 6 Uhr — Sonntags 8 Uhr.

Offerten aus dem Felde zurückkehrender Artisten erwünscht. — Politische Schlager bevorzugt. — Routinierter Pianist sofort verleiht.

Wintergarten

Das grosse

Spezialitäten-Programm
Anfang 7 1/2 Uhr.

Baßgitarist

und Bandonionspieler für Quartett gesucht. Lindenbrg. Hobelrieder-Str. 26. Schöneberg.

Botenfrauen

zum Austragen der „Freiheit“ verlangt.

Speidition Engel

Lichtenberg, Neue Bahnh.-str. 26.

Bildhauer

Achtung! Annahme sämtl. Reparaturen in Lederwaren, Spez. Aufarbeiten von Damenschuh, Hütten, Henkel usw. Langer guter billiger Ware. 5% Rabatt. Kein Laden, I. Etage, Paul Böhm, Wassertorstr. 34. Nähe Moritzplatz.

KAMMER

Potzdamer Platz

Söhne des Volkes

Film der Zeit von Ole Olsen und S. Michaels mit

Gunnar Tolnaes

Vorföhrungen pünktlich 6 und 8 Uhr.

Una hängige Sozialdemokratische Partei.

Am Donnerstag, d. 28. Novemb. 1918, abds. 8 Uhr

Drei Große öffentliche Volksversammlungen in Neukölln

Passage-Festsäle, Bergstr. 151/52

Karlsplatz, Karlsplatzstr. 14

Kindl-Brauerei, Hermannstr. 214/19

Die unabhängige Sozialdemokratie und die Nationalversammlung

Referenten: Dr. Herzfeld, Zubell u. Frau Zielz.

Der Vorstand.

Alle Frauen

werden hierdurch zu einer

öffentlichen Versammlung

am Donnerstag, den 28. November 1918, abends 7 1/2 Uhr in der Pracht-Hallen des Westens, Berlin-Wilmersdorf, Seeligenstr. 3, eingeladen. Eintritt frei. Ein einziger Vortrag:

Welche Zukunft hat die Frau in Deutschland?

Vortragender: Friedrich Weber, Polit. Schriftsteller.

Der Verbandsausschuss für die Allgemeine Frauen-Partei.

Büro: Charlottenburg, Johannisburger Strasse 27. Fernsprecher: Amt P. Alsb. 425.

U. S. P.

5. Berliner Wahlkreis, 4. Abteilung

Am 21. November verstarb unser treuer Genosse Frau

Emma Schwarz

im Alter von 38 Jahren.

Die Beerdigung findet am Dienstag nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Sophien-Gemeinde, Prenzlauerstr. 10, statt.

Um rege Beteiligung bitte!

Der Vorstand.

Achtung! Former und Berufsgenossen

Große Versammlung

am Mittwoch, den 27. November 1918, abends 7 1/2 Uhr im Nord-Palast, Cöslinerstr. 8.

Tagungsordnung:

I. Die Lohn- und Akkordbedingungen in unserer Branche.

II. Diskussion über die Ausschussfrage.

III. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Die Branchenkommision.

Die einzige freigewerkschaftliche Organisation

für das kaufmännische Personal beiderlei Geschlechts die vollkommen auf dem Boden der heutigen Regierung steht, ist der

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Handlungsgehilfen und Gehilfen!

Die heutige Zeit verlangt, dass ihr Euch dieser Organisation restlos anschliesst. Lasst Euch nicht von den Forderungen von falschen Freunden, die Euch heute die besten Versprechungen machen.

Beitrittsbedingungen können schriftlich und mündlich unter Angabe des Nationalen, wo und als was beschäftigt und unter Beifügung des ersten Monatsbeitrags an das Büro übermittelt werden.

Die Beiträge be-
Klasse bei einem Monatsgehalt
5 unter 40 — Mark 0,50 M.
3 von 40 — bis unter 70 — Mark 1,00 „
2 70 — „ 100 — „ 1,50 „
1 100 — „ 150 — „ 2,00 „
1 über 150 — Mark 2,50 „

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Ortsgruppe Groß-Berlin, Büro Münstr. 20 II.

Was sofort geschehen kann — und muß!

Von Prof. Robert Wilbrandt.

Wir haben in unserem ersten Artikel gezeigt, wie verheerende unumkehrliche Maßnahmen, die Siedlungsaktion, die Kriegsgewinnsteuer, die Vermögensabgabe, die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie die Entwicklung in die Bahnen der Sozialisierung drängen müssen.

In derselben Richtung rückt nun 5. die Notwendigkeit der Produktionslenkung. Was längst verbroden ist, die Kriegserbeimächten, was längst eine stillschweigende Forderung im ganzen Volke, die Kriegsgewinnsteuer, was längst notwendig, die Vermögensabgabe, und was längst verwirklicht als notwendige Folge des Wechsels und Tuns der Rüstungsindustrie: die Verstaatlichung ihres Aktienbesitzes — das alles hat nun zum Gegenstand noch drei Monomisch unvermeidlich angewordene Prozesse, die mit drei ersten vier Punkten zusammen den beginnenden Sozialismus ergeben.

Die Organisation wächst heraus aus der Lage. Die Revolution fällt mit dem Kriegszustand zusammen. Die Entlassung aus den Rüstungsbetrieben, die Heimkehr der Arbeiter: eine Massenarbeitslosigkeit droht: droht mit neuen, nicht mehr zu ertragenden Erschütterungen, die den Staat als Belastungsgruppe zur Wiederherstellung der Ordnung ins Land ziehen würden. Die Massenarbeitslosigkeit muß, schon im dieser drohenden Schmach zu entgehen, vermieden werden. Sie muß es, schon rein finanziell, wegen der bereits eingeführten Erwerbslosenunterstützung; das Gemeinwesen muß nun für Arbeit sorgen, sonst führt die Arbeitslosenrente wie Fiter an den Reichs- und Kommunalfinanzen. Das Gemeinwesen muß daher Geschäftsmann werden: muß der neue große Arbeitgeber sein, der seine nach Arbeit ausgedehnte Hand ausstreckt. Ganz zu schweigen von dem Gefühl in dem Volk: aus dem Schrecken in die Arbeitslosigkeit! Ganz zu schweigen von der Pflicht des verteidigten Vaterlandes, für die zu sorgen, denen vier Jahre lang gedankt worden ist. Ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, für Produktion, für Arbeit zu sorgen, die allein die unheimlich daniederliegende Volkswirtschaft wieder aufrichten kann.

Das Demobilisationsamt ist dabei mit einer völlig unvermeidlichen und finanziell rettenden, einer auf ständlicher Verpflichtung ruhenden und ökonomisch grundlegenden Aufgabe beauftragt: die drohende Arbeitslosigkeit zu verhüten. Es läßt sich auf Demobilisationskommissionen (die Regierungspräsidenten) und Demobilisationsausschüsse (bei den Kommunen und Landräthen); zugleich auf Radikalschiffe von Arbeitern und Unternehmern, für die einzelnen Gewerbe. Das Demobilisationsamt selber muß versuchen, zu einer Gesamtüberblick zu gelangen, um mit Staatsausgaben arbeiten einzusetzen, wo sonst Arbeitslosigkeit unvermeidbar wäre. Das kann sich eine mit hundert bis zweihundert Millionen Reichsmark heimkehrende Volkswirtschaft nicht leisten. Es müssen die volkswirtschaftlich am meisten angeordneten, es müssen die uns wieder aufrichtenden und das Reich nicht ruiner, sondern wieder machenden sein. Wie etwa: Restorations, die unsere Ernährung auf deutschem Boden (mangels der uns für lange erlöschenden Export- und Importmöglichkeiten) sicherstellen vermögen; Siedlungsaktion, gemäß der Idee des Heimstättenbauwesens, um die unheimlich verdrängte Wohnraumnot zu beheben, für das verdrängte private Baugewerbe einzutreten, die Wohnweise der volkswirtschaftlichen Lage gemäß zu gestalten (mit Volk- und Gemeinbauten, zweck-architektonischer Selbstverwaltung der Siedler selbst und so Deutschlands), und Durchführung großer, volkswirtschaftlich längst erforderlicher Werke, wie des Mittelkanals, der nur an volkswirtschaftlichen Widerständen des alten Regimes gescheitert war. Alles das ergibt: ein Arbeitsbeschaffungsamt, das durch die Verbindung von Arbeitslosigkeit dasjenige tun soll, was volkswirtschaftlich das richtige ist. Wird in dem Bemühen, das vom Anrecht der einzelnen, vom Grundgedanken der Volkswirtschaft, ausgeht, aber zur Durch-

führung dieses Gedankens das Wirtschaftsleben so lenken muß, wie es für die Gesamtheit ökonomisch gut ist. Eine Aufgabe also, die der Lenkung der Produktion im Sozialismus verwandt ist, so ein Anhalt dazu. Und: unvermeidlich! Durch die Lage diktiert! Mag die konstituierende Versammlung erst die Mittel dazu bewilligen, mag sie sie verweigern — die Mittel werden jetzt schon angewandt, weil das nötig ist. Sozialistisch gearbeitet wird also schon jetzt; es ist unvermeidlich. Ob der Sozialismus dann noch befohlen wird oder nicht — er wird zur Tat, zur grundlegenden Tat, auf Jahre hinaus, und ist bezeugen, noch ehe er erlaubt wird.

6. Expropriation für Volksernährung. Die Siedlungsaktion, die vom Kriegserbeimächten verbroden wurde, aber im alten Regime nicht verwirklicht wurde, ist als ökonomisches und soziales Gebot der Stunde eine gut nicht mehr zu erörternde, sondern nur noch ausführende Tat. Die Wohnungs- und Arbeitslosennot, mit der Ernährungslage Deutschlands zusammen, mit der Erschöpfung von Export- und Import, ergibt die Siedlungsaktion, so genau wie ein Rechenexempel, eine richtig errechnete Riffer. Wenn anders es nicht in den zur Durchführung berufenen Beamten an der Kraft zur Tat fehlt, und die ist jetzt da!

Die Siedlungsaktion ermöglicht nun aber, daß jeder, der sein Anrecht an den Boden des Vaterlandes geltend macht, auf freier Scholle siedelt, wie es ihm so oft versprochen worden und von der Revolution nun endlich zu geben ist. Das bereitet ihn nun von dem Druck der Not, die ihn sonst gezwungen hat, entweder in der Stadt sich einen Arbeitsplatz zu suchen oder auf dem Lande in herrschaftlicher oder patriarchalischer Untertänigkeit sein Brot zu essen. Er wird nun frei. Ein zur Selbstversorgung ausreichendes Stück Land kann tatsächlich jedem, der es will, gegeben werden; dafür reicht schon jenes in der Vermögensabgabe dem Reich zufallende Drittel des Bodens, dafür geben all die erst auszunützbaren, durch Rekolonisation zu erschließenden Oedländerereien eine breite Basis.

Doch sobald der frei wird, der bisher Landarbeiter auf privatem Großgrundbesitz sein mußte, dann fehlt es dem Großgrundbesitzer an Arbeitskräften, noch mehr als bisher. Dann muß er noch extensiver wirtschaften, das heißt, den deutschen Boden noch mehr unangewandt lassen, aus Mangel an Arbeitskräften, ja schließlich zusammenbrechen. Ist das erträglich?

Für den Großgrundbesitzer Arbeitskräfte zu beschaffen, ist nicht unsere Sache. Doch die Volkswirtschaft beschaffen zu lassen, weil der Boden in Privatband nicht ausgenutzt werden kann, ist das erträglich? Nein. Ein Expropriationsrecht für den Augenblick, wo die Intensität des Betriebes unter das der Volkswirtschaft jetzt noch erträgliche Maß herabsinkt, ist unumgänglich. Wir können uns eine so extensive, so landvergeudende Wirtschaft nicht mehr leisten. Vom Ausland importieren und das eigene halb unbesetzt lassen, das ist nicht zu verlangen von uns in unserer Lage. Was darüber die verfassunggebende Versammlung entscheiden wie sie will — das ist jetzt unmöglich. Denn die Lage der Exportindustrie ist eine solche, daß eine Reorganisation, eine Selbstversorgung auf dem Boden Deutschlands durch Rückkehr auf Land, einfach volkswirtschaftlich unmöglich ist. Der Großgrundbesitz hindert daran. Zu ihm will keiner. Und das neue Reich? Es vermag das Land zu besiedeln und dadurch Arbeitskraft auch für den unheimlichen, ökonomisch zum Teil sogar noch auszunützbaren Großbetrieb der Landwirtschaft (nicht Großgrundbesitz!) zu beschaffen; das tut auf Reichsboden, nicht

für das private Großgrundbesitz, das durch seine Existenz allein geeignet ist, das Land zu entwässern.

7. Das weidende Kapital. Wie auf dem Lande der Großgrundbesitz ins Wasser gerät und weggehoben werden muß, bevor sein Einfluß die Volksernährung verkrüppelt, so muß das weidende Kapital durch Reichsmittel ersetzt werden, sobald sonst Arbeitslosigkeit eintritt. Die Erwerbslosenunterstützung sichert dem Arbeiter bereits die Existenz und damit auch ein Recht auf Arbeit, denn niemand wird vorziehen, daß die Arbeitskraft, unbenutzt, erhalten werde. Das Reich wird dafür Kapitalist sein müssen, um Arbeit zu geben, wenn das private Kapital sich zurückzieht. Es wird in der Ausbeutungsmaßlosigkeit eingeschränkt: a) durch die Erwerbslosenunterstützung, die den Arbeiter davon befreit, zu einem Lohn zu arbeiten, der sein „angemessenes Entgelt“ ist; b) durch den Achtstundentag; c) durch die außer Frage stehende Siedlungsaktion, die den Siedler auf eigener Scholle unabhängig, also von der Notwendigkeit der Lohnarbeit überhaupt frei macht. Wird nach alledem die Arbeiterlage noch ausdeutbar genug sein, um Kapitalgewinn in der Höhe zu liefern, wie er im Ausland noch winkt? Wird das private Kapital noch genügend Anreiz finden, in Deutschland zu wirken? Wird das Kapital, durch die politische Unsicherheit, die Arbeitermacht, kurz die Revolution ohnehin verängstigt, noch seine Rolle so weiter spielen, wie das für die Volkswirtschaft im Sit der Landwirtschaft nötig? Wird nicht das Reich Kapitalist sein müssen, um einzuspringen, wo es sonst nicht gelangt, die nötigen Kapitalien aufzubringen? Ist es das nicht für den Wohnungsbau schon getan? Zum mindesten? Wird also die deutsche Volkswirtschaft sozialistisch bleiben können, nach alledem, was geschehen muß und schon gescheh? Wir wissen das nicht. Doch wir sehen bereits den Vorgang: das Reich nimmt Milliarden in die Hand, es kann nicht anders, um durch Kuftraue, Ausschüsse oder Beteiligung die Produktion zu beleben; es wird Auftraggeber, Pächter, Unternehmer, mehr und mehr Kapitalist. Ob es will oder nicht. Es wird Grundherr, auf dem Land und in den Gartenstädten, die es schafft, es wird Kapitalist in den Gewerben. Es tritt als Vertreter der Volksgemeinschaft an die Stelle der Klassen, von denen man abhängig, von denen man beherrscht und ausgebeutet war. Das Reich ist auf dem Wege zum Sozialismus. Dieser wird durch die Umstände selbst erzwungen, unter denen wir jetzt handeln müssen. Er kommt tatsächlich jetzt „mit Notwendigkeit“.

Sollte nicht jetzt tatsächlich, um mit Marx zu sprechen, der Sozialismus, statt ihn aus dem Kopfe zu erfinden, in dem, was wird, zu entdecken sein?

Den Reichstagen, den aufgeregten sich sorgenden Gemeinern, sei damit etwas Ruhe dargeboten: den von Kleinarbeit Eindrücken ein Blick auf Ganzes, auf die Größe des unter unseren Händen sich vollziehenden Vorgangs. Und allen, die sich vor Ausbruch der verfassunggebenden Versammlung nichts zu tun getrauen, sei zugeordnet: Wenn ihr waret wollt, wartet; doch anders als juristisch kann dieses Wort nicht gemeint sein — tatsächlich, ökonomisch, ist längst entschieden. Die verfassunggebende Versammlung wird zu beschäftigen haben, was die Lage verlangte.

Damit etwas etwas Del ins Feuer am Tod des Sozialismus, doch auch etwas Del auf die Wogen des Reiches ergossen werden. Wir brauchen dem Reich die Ausland, dem wir demüßig unsere Willen voranwimmern nur allzuwilling gelernt, nicht auch noch das Schicksal der deutsch vertriebenen Partei selbst innerhalb der herrschenden Partei zu geben.

Macht die konstituierende Versammlung so rasch als möglich! Und macht sofort, was der Tag erfordert. Nehmt heraus aus dem Volkstörper, was krank ist in ihm. Vielleicht kann so mit herausgenommen werden, was jetzt kein Blut vergiftet.

Bei der Operation am Anfang November ist viel ins Blut des Gift eingedrungen, das den Eiter enthält, den man wegschneit; das Gift des Verrentums. Das Gift des Gedankens: Wir haben die Macht, wir sind die Herren! So rüht sich der Geist der Abgelehnten, indem er in den neuen Bringen wiederkehrt.

Wie tief ist dieses Gift eingedrungen? Wird der Volkstörper noch zu retten sein?

Arbeiter, Parteigenossen!

Wirkt mit aller Energie für die Verbreitung der

„Die Freiheit“

Zwischenpiel.

Wenn auch etwas widerwillig, so immerhin in Eindrücken auch der „Kunst“, seien die programmatischen Forderungen durch eine kurze Angabe der eben im alten Gebäude der Freien Bewegung am Ausbruchpunkt eröffneten Sonderausstellung unterbrochen. Hat dieser die gütigsten Lebensjahre von Max Steuogel in allen neuen Können das Lebenswerk dieses Kleinmalers und Impressionisten angehebt.

Es ist auch hier schwer, Michlitz zu sagen, ohne Peing dieses zu erörtern. Doch Kleinmalers und Impressionismus Zweige des selbst-naturalistischen Teiles der vorangegangenen Generation sind, ist klar. Sie bringen nur die naturalistischen Gelebens in sukzessive betörter Färbung; sie stellen dem „Wie alle es sehen“ des J. M. W. Turner oder des J. M. W. Turner entgegen. Dabei hat sich die Malerei nicht so wie die Skulptur auch dem sachlichen Dauerlichen dieses Subjekt des Naturalismus zugewandt, das in einer der erwähnten Peter Altenberg in so reichem Ausmaße geschlossen hat. Sondern sie hielt sich, wie wir heute wissen, zum größten Schaden ihrer Bewegung, nur an die „Gestalt der Welt“. Das rein Formliche aller Erscheinungen im Impressionismus, das sein Romantische aller Bewegungen im Impressionismus; daß das Meer des Lebens auch unter dem Gleichen seiner Oberfläche und dem Oeden und Sinken seines Willensdanges nach seelische Tiefen hinweist, hat die Malerei der letzten Generation des vorigen Jahrhunderts nicht erlangt.

Zu dieser Verbeirten und Verbeirten an allem auch im naturalistischen Umkreise so Reichen und Erschütternden der seelischen Wirklichkeit, das dem geistigen subjektiven Naturalismus des neunzehnten Jahrhunderts hemmt, kommt bei Steuogel noch ein weiteres, das ihn klar ist. Er war für Deutschland nicht der Eringer, nicht der erste Bildhauer dieses Stils. Denn dieser war Peter Liebermann. Und da auch Liebermann selbst wiederum nicht der geniale Erste war, sondern den Stil von den Bildhauern und Bildhauer des neuen Ausdrucks aus Frankreich übernommen hatte,

haben wir in Steuogel nur den Apollon eines Apollon. Und dies bleibt ausschlaggebend für das Erlebnis. Denn die Kunstgeschichte rückt ebenso mit Recht, wie die Kulturgeschichte überhaupt, die zeitlich ersten Meister auch an die erste Stelle. Denn deren seelische Leistung ist nach Intenstität und weiteger Unabhängigkeit nicht nur die seltenere, sondern auch für den Aufzunehmenden beiläufig die ersten Ergebnisse einer neuen Art die höchste Eindruckskraft und den höchsten Erreichungswert. Wer heute als Kunst- und als weltbewegenden Gedanken die alte Fälschung der idealistischen Philosophie verstanden wollte, daß alle Menschen im Feuer Erbeiter seien, den würden wir keineswegs als Genie ansehen wollen.

So hat also Steuogel, was er im Wesentlichen bringt, als Dritter und zweiter Hand. Dennoch bleibt er neben Liebermann der Weise des deutschen Impressionismus. Er beginnt noch mit den festen Formen des objektiven Naturalismus. Unter seiner, im Ganzen sehr wenig bedeutenden Frühperiode ist doch einiges, wie der „Verlorene Sohn“, von härterer Eindringkraft im Sachlichen und Seelischen der Auffassung und der Gestalt. Entsprechend dem Zuge der allgemeinen Entwicklung hebt sich seine Palette bald auf. „Was der Tag ihnen zuträgt“ wird in manchen Bildern mit freier Flüssigkeit der Farbe und des Lichtes, im raschen Wechsel der Bewegungen mit immer größerer Sicherheit momentan gebunden. Farböne und Vokale einen sich zu leichter Heiligkeit der Luft, reichlich abgestimmte Farbenkontraste geben dem Auge jenseits feine Kosmoszellen des Weltkosmos. Querschnittsartige Bewegungen werden blühend gebunden, sprechen im Zusammenhang des eben erst Entstandenen ihre beste und nappste Sprache. Unter dem Vieseln, an dem der durch französische Meister verwehnte Bild vorbreitet, finden sich doch ein Duzend wertliche Kostbarkeiten und Köstlichkeiten.

Doch deren im Gesamtwerke immerhin so wenige sind, liegt daran, daß Steuogel seine Aufgabe trifft. Wie der Tag die Stunden verteilt, die seelischen und die materiellen: sie finden ihn immer gleicherweise bereit, den Pinsel zu rühren. Fast nicht Verus als künstlerische Sendung spricht aus dem Werk. Es aber das große Kunstwerk an die seelische Erhabenheit, an die möglichste Inten-

sität des Gefühls gebunden ist, wird fast nur „Mode“, was „Stil“ sein sollte.

Auch wird weder die Bestimmung des Objektes, noch die elementar-eigene Anlage beachtet. Nicht das geringste Gefühl für das „innere Format der Welt“ ist vorhanden. Ob groß oder klein, scheint fast durch den Auftraggeber, nicht durch den Künstler bestimmt worden zu sein. So gibt es neben Wibern höchster Rahmenhaltung wandende Figuren, herauskommlende Formen, anfehlenswertheleide Farbkomplexe. Hier ein Schluß der bestimmten Gestaltung; dort ein fast Romantisches der letzten Färbung.

Das innere Format Steuogels scheint auf die Kleinformat eingeleitet zu sein. Denn seine ergriffenen und ergriffenden Werke sind die Kleinwerke der Zeichnungen; die zu „Nähegefühlt“ etwa. Nicht nur, daß hier vom sachlichen Anhalte aus recht konzipiert wird, nicht nur, daß das Geistreichliche der Auffassung und eine Fülle origineller Ideen die Gestaltungen tragen; auch das künstlerische-Formale hat höchste Reife, Strich und Anordnung ist feinste Künstlerkunst. Die Nähegefühlt mit einem Teil des Rändern hoch durch die Luft, über Baumkronen weg, in den Vordergrund fallen läßt, wie er von einer resoluten Frau in all seiner Ganzheitsheit zum Tieren und Dellen bezwungen wird, wie eine Fülle von Wly und Weidheit Figur, Form und stilistische Bewegung gewinnt; ist höchsten Entzückens, feinsten Gefühl, bewundernswürdigen Genusses.

Dieser Steuogel wird Me Den. Und von hier aus mag man auch zu seinen Bildern zurückfinden. Steuogel schließt seine größeren Werke zur Liebe des anhänglichen Kreises seiner Auftraggeber und Freunde. Doch Bilder werden ja nicht nur gemalt, um vereinzelt in den Museen zu hängen. Die Museen sind die Hallen der Wärdten, die Säulen der Gemeinshaft. Sie sind ganz Großen oder sollen im Bezirk der Freunde und in den Stuben der Bürger leben. Mag manches Meistergut auch allgehen; da beide einmal stehen, der Künstler wie der Amateur, geföhren diese Bilder zum Kulturgut, das seine Bestimmung erfüllt, indem es von der mitlebenden Generation verbraucht wird ohne macht der folgenden Generation zu werden.

Max Dertl

Am Nordfriesland.

Nach Kopenhagener Zeitungen hat das dänische Ministerium des Äußern durch den dänischen Botschafter in Berlin folgendes Schreiben des Reichstags-Abgeordneten Hansen erhalten:

Der dänischen Regierung überreiche ich hiermit namens der dänischen Nordfriesländer eine Resolution, die ihre politische Organisation, der Wählerverein für Nordfriesland, am 27. 11. dieses Jahres auf einer Versammlung in Apenrade angenommen hat. Gleichzeitig lege ich ein Schreiben des Ministers des Äußern der deutschen Republik bei, deren Regierung damit unter Hinweis auf das Friedensprogramm Wilsons unser Recht anerkennt, selbst unser zukünftiges Schicksal auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu bestimmen. Indem ich auf diese beiden Aktenstücke hinweise, bitte ich die Regierung, bei den Akten die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die dänische Bevölkerung Nordfrieslands bei den Verhandlungen über den Weltfrieden die Anerkennung ihres Rechts erhält und in naher Zukunft ihre brennenden Wunsch, mit dem alten Vaterland wieder vereinigt zu werden, erfüllt wird.

Die in dem Schreiben erwähnte Resolution hat folgenden Wortlaut:

1. Die Wünsche die nordfriesländische Frage in der Weise gelöst, daß Nordfriesland als ganzes aufgeführt und dessen Bevölkerung durch Abgabe der Stimme Ja oder Nein zu erkennen geben soll, ob sie mit Dänemark wieder vereinigt werden will.
2. Nordfriesland ist der Teil des Herzogtums Schleswig, der sich nördlich einer Linie erstreckt, die von der Südspitze von Alsen in die Flensburger Förde hinein bis zur Kuppelmühlensucht und dann südlich um Flesslee herum geht, so daß Flensburg Grenzstation wird. Weiter westwärts die Grenze zwischen den Rentern Slog-Raas-Steilacker, und zwischen Sönderraas und Viborg, bis die Abbiegung nach Norden folgt, von wo sie dann gerade in die Nordsee nördlich der Nordspitze von Sölz geht.
3. Stimmberechtigt haben alle Männer und Frauen über 20 Jahre, die in Nordfriesland geboren sind und dort heimatrechtlich sind, in Nordfriesland mindestens 10 Jahre gewohnt haben oder in Nordfriesland geboren sind und von den bisherigen Wählhabern ausgewiesen wurden.
4. Das Stimmbrecht wird schriftlich unter Formen ausgedrückt, die die freie Willensäußerung des einzelnen sicherstellen. Die bisherigen Behörden dürfen auf die Abstimmung keinen Einfluß ausüben.
5. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß die angrenzenden Gebiete Mittelschleswigs die dahingehende Forderung zu erheben das Recht haben, durch besondere Abstimmung zu erkennen zu geben, ob sie an Dänemark zurückfallen wollen.

Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

Das Reichs Ernährungsamt teilt mit: Die Grundzüge für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen scheinen noch nicht hinreichend bekannt zu sein. Ihr Inhalt wird daher im Nachstehenden nochmals auszugswise wiedergegeben:

1. Die Verpflegung geschlossener Truppenverbände erfolgt wie bisher durch die Militärbehörde.
2. Bei der Entlassung ist dem zu Entlassenden Verpflegung für drei Tage mitzugeben.
3. Personen, die vom Militär entlassen sind, erhalten auf Grund der Entlassungsbescheinigung bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörden die erforderlichen Lebensmittelkarten oder sonstigen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder soweit Massenverpflegungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegung aus diesen. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelversorgung ihrer Wohngemeinde aufgenommen sein.
4. Militärpersonen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen.
5. Die Gemeinden erhalten für die durch diese Anordnung herbeigeführte Mehrbelastung von den zuständigen Stellen Ersatz. Notfalls ist mit den Intendanturen wegen Vorschubleistung aus militärischen Beständen in Verbindung zu treten.

Revision der Polizeiverordnungen.

Wie wir hören, haben die das Ministerium des Innern leitenden Vorgesetzten der Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen neu auf ihre Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nach einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also auch die veralteten, sollen beseitigt werden. Diese Anordnung wird voraussichtlich die Aufhebung einer größeren Zahl von Polizeiverordnungen zur Folge haben.

Forderungen der Kriegsblinden.

Unter höchst lebhafter Beteiligung fand am Sonntag die Mitgliederversammlung des Bezirks „Prowing Brandenburg“ vom Bund erblindeter Krieger e. V. statt, um zu den neuen Aufgaben Stellung zu nehmen. Der Bund, der bis jetzt in der Öffentlichkeit noch sehr wenig bekannt ist, vertritt die geistigen und materiellen Interessen aller Kriegsblinden. Er erstreckt sich über das ganze Reich und umfaßt zur Zeit ungefähr 1500 Mitglieder, davon entfallen auf die Prowing Brandenburg allein rund 200. Die Stimmung und der Wunsch der Versammlung lassen sich in folgenden Forderungen zusammenfassen: 1. Unsere an die bisherige Regierung gestellten Forderungen bezüglich der Mannschaffsversorgung bleiben bestehen. 2. Schaffung eines Gesetzes, das die Unternehmer verpflichtet, Kriegsbeschädigte, insbesondere auch Kriegsblinde, zwangsweise einzustellen. 3. Auch vom Staate selbst wird verlangt, in geeigneten Fällen, insbesondere, wenn es sich um Bureauarbeiten handelt, Kriegsblinde zu beschäftigen. 4. Verstaatlichung aller Ausbildungsstellen für Kriegsblinde. Die Berufsberatung hat durch Kommissionen statzufinden und nicht durch Einzelpersonen. In Berlin ist z. B. die Berufsberatung fast monopolisiert, mochte sich in der Versammlung starker Protest erhob. Um eine Gleichstellung mit den übrigen Kriegsbeschädigten herbeizuführen, wird auf den Eisenbahnen freie Fahrt für den Fahrer des Kriegsblinden gefordert. 6. Der Vorstand der Kriegsblinden ist auszulösen und neu zu wählen. Die Kriegsblinden müssen in dem Vorstand ebenfalls vertreten sein. Beeinflussungen von dritter Seite bei Gewählung von Unterhaltungen werden verboten. 7. Die Kriegsblinden sind hat über ihre jetzige Tätigkeit, insbesondere Verwendung der Gelder, Rücksicht zu geben und zwar getrennt nach Berufs- und Rangunterschieden. 8. In Anbetracht der teuren Zeiten erscheint eine Weisungsdiskontinuation für gegeben, die ohne Antrag gehalten ist. 9. Die private Fürsorge, der bisher alle Erhebungen und Nachforschungen über die Bedürftigkeit bei zu gewährenden Unterstützungen übertragen waren und diese Funktion in der größten und verlässlichsten Weise ausgeführt hat, ist durch eine

andere Einrichtung zu ersetzen. Ein Teil dieser Forderungen wurde früher bereits gestellt. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese berechtigten Forderungen nun mit Nachdruck durchgeführt werden.

Groß-Berlin.

Vom Spargwang.

Es dürfte nunmehr auch die Zeit gekommen sein, den Spargwang wieder aufzuheben. Die Anordnung, nach der die Jugendlichen nur über einen Teil ihres Lohnes verfügen durften, ist seinerzeit vom Oberkommando in den Marken verhängt worden. Im Laufe der Zeit ist der auszahlende Betrag in Rücksicht auf die Teuerung etwas erhöht worden, aber der Spargwang selbst bleibt. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet Kinder der Arbeiter unter Kuratel gestellt wurden, während die Söhne und Töchter reicher Leute von jeder Kontrolle frei waren. Der Unterschied, daß Arbeiterkinder ihr Geld durch Arbeit verdienen müssen, während die Kinder reicher Leute die Zinsen und Profite ihrer Eltern verbringen, konnte niemals zu einer solchen Zwangsmaßnahme des Oberkommandos rechtfertigen.

Gewiß gibt es auch junge Leute die mit dem Geld nicht haushalten können und unter Aufsicht gehalten werden müssen. Für solche Fälle hat aber auch früher schon die Gewerbeordnung die Handhabe geboten, den Lohn an die Eltern zu zahlen. Das war Sache der Eltern selber. Jetzt dürfte es notwendig sein, die Anordnung des früheren Oberkommandos wieder aufzuheben. Soweit es sich um die aufgesparten Gelder handelt, so wird das Verfügungsrecht darüber wieder herzustellen sein. Die größte Freude aber wird solche Anordnung außer den Arbeitgebern das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin empfinden, das eine Menge Arbeit los wird, und zwar unangenehme Arbeit. Das Vormundschaftsamt wird sich wieder ganz seinen eigentlichen Aufgaben zuwenden können.

Einschränkung des Gasverbrauchs.

Die Kohlenstelle in Groß-Berlin hatte zu gestern die Vertreter der Presse geladen, um ihnen Rücksicht zu geben über die Lage auf dem Kohlenmarkt und über die Maßnahmen, die unvermeidlich zur Streckung der Kohlenvorräte getroffen werden müssen. Wit waren zu dieser Besprechung leider nicht geladen und können deshalb erst heute berichten. Durch die verminderte Kohlenzufuhr aus Westfalen ist die Kohlenversorgung Groß-Berlins in ernste Schwierigkeiten geraten. Die Kohlenstelle sieht sich deshalb veranlaßt, die vorhandenen Kohlenvorräte soweit wie möglich zu strecken. Groß-Berlin gebraucht für die Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- und Sanitationswerke und die Industrie monatlich 300 000 Tonnen Steinkohlen. Vorhanden sind zur Zeit etwa 145 000 Tonnen, so daß die Versorgung nur für 14 Tage gesichert ist. Der tägliche Bedarf von 10 000 Tonnen Steinkohlen wird, obgleich die Zufuhren aus Oberschlesien und Westfalen nicht aufgehört haben, nicht mehr erreicht. Der Kohlenkommissar gab sich alle Mühe, um Berlin mit Steinkohlen zu versorgen, und hat aus diesem Grunde die für die Marine bestimmten Wassertransporte von Steinkohlen auf Oder und Elbe nach Berlin umgeleitet. Trotz dem reichen die Zufuhren nicht, so daß neue umfangreiche Einschränkungen des Verbrauchs notwendig sind. Kleine Maßnahmen genügen nicht, da die Verkehrsverhältnisse sich immer mehr zuspitzen, es muß zu den schärfsten Maßnahmen gegriffen werden. Vorgelesen ist folgendes:

Die Strohbeleuchtung, die heute nur noch 30 Prozent der Friedendbeleuchtung beträgt, soll weiter vermindert werden. In der Industrie muß der Arbeitstag auf fünf Stunden eingeschränkt werden, die Polizeistunde soll um 10% Uhr anstatt um 11% Uhr eintreten. Der Straßen- und Hochbahnverkehr wird um eine Stunde verlagert und die Läden bis auf die Verläufe von Gemüß- und Lebensmitteln werden um 5 Uhr nachmittags schließen. Ein späterer Bureauanfang am Vormittag wird zur Erspargung der Morgenbeleuchtung notwendig werden, auch die Restaurants und Vergnügungsorte sollen eine Verminderung der bisher bewilligten Beleuchtungsprozente erfahren. Die Theater und Kinos sollen in ihrer Kohlen- und Lichtbewilligung nicht vergrößert werden, nur werden sie, entsprechend der früheren Polizeistunde, früher anzufangen müssen. Die Beleuchtung in den Privathaushaltungen, die hauptsächlich in dem mit Elektrizität versehenen Besten stark übertrieben wurde, muß derart eingeschränkt werden, daß in jedem Zimmer nur eine Flamme brennt. Die Lieferung von Hausbrandkohlen (Werkstoff) hat sich weiterhin betriebsmäßig gestaltet, so daß mit einer ausreichenden Versorgung für Groß-Berlin gerechnet werden darf. Die zu lassenden Beschlüsse werden sofort in die Wege geleitet und bekanntgegeben werden. Es wird auch berichtet, daß Gasstellen eintreten sollen. Man soll sich hierbei in erster Linie davon leiten lassen, vor allem die Kreise zu treffen, die noch am ehesten eine Einschränkung vertragen können, das sind die Wöhenden und Wohlhabenden.

Die Unterbringung entlassener Soldaten.

Auf Grund von Ermäßigungen des Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung sind die Gemeinden beauftragt, Räumlichkeiten zur Unterbringung Entlassener oder demnächst zur Entlassung gelangender Heeresangehöriger zwangsweise zu belegen. Es ist beabsichtigt, Bürgerquartier erst als letzten Behelf in Anspruch zu nehmen. Dagegen werden Säle und ähnliche Räume vorzugsweise schon bald Einquartierung erhalten, da die dem Magistrat zunächst zur Verfügung stehenden Gebäude bei der großen Zahl der täglich auf den Bahnhöfen eintreffenden Soldaten nicht ausreichen. In einer großen Reihe von Fällen haben Saalbesitzer ihre Säle freiwillig zur Verfügung gestellt. Das Angebot genügt aber noch nicht, es werden sich auch alle, die sich nicht gemeldet haben, schon jetzt auf eine Zwangseinquartierung einstellen müssen. Kongresssäle werden bei ihrer Verwendung für das künstlerische Leben der Hauptstadt zu Einquartierungszwecken nicht verwendet werden. In jedem einzelnen Fall erhalten die Saalbesitzer vom Magistrat Berlin, Militär-Bureau, woher Nachricht, wann ihr Saal in Anspruch genommen wird.

Kriegsfolgen.

Welche unheilvolle Folgen der Krieg unter der Bevölkerung angerichtet hat, zeigt sich von Tag zu Tag immer erschreckender. Der Krieg hat viele Völkermörder geschworen. Mit Kleinigkeiten hält er sich schon gar nicht mehr auf. Das die Leute in grauen Tod auch nach ihrer Rückkehr kriegsmäßig arbeiten, ist nicht verwunderlich. Das ganze Einbahnladungen lausigiert und verschoben werden, paßt in diesen

Kohlen stellen. Wie haben schon gemeldet, daß kürzlich eine große Schiebergesellschaft am Schlesienschen Bahnhof Geld- und Lebensmittelendungen für sich beschlagnahmten und zu Geld zu machen suchten. Einen weiteren großen Zug machte ein gewisser Rohmann in Soldatenuniform, der eine Expeditionsfirma in der Köhlerstraße für sich in Anspruch nahm, bestückte Güter vom Schlesienschen Bahnhof unterzubringen. Daraufhin wurde Marktenderwaren, Zigaretten, Zigaretten, Tabak, Wein, Fleisch und Fruchtkonserven sowie andere Bedarfsartikel in den Lagerräumen untergestellt. Am Freitag erschien der Feld-Magazininspektor mit mehreren Kaufleuten in der Köhlerstraße und suchte den Inhalt der sieben Waggons in großen Porten zu verkaufen. Der Leiter der Expeditionsfirma, hierdurch sehr traurig gemacht, benachrichtigte die Sicherheitsbehörde und diese veranlaßte die Beschlagnahme sämtlicher Waren. Rohmann, der offenbar geacert hatte, daß man seinen Betrag auf die Spur gekommen, verstand mit der ihm anvertrauten Marktenderkassa. Es handelt sich hier um einen ganz großangelegten Schwindel, denn als Militärbeamter durfte Rohmann weder ohne Zustimmung seiner Division die Waren bei einem Privatmann unterbringen, noch sie zur Verfügung des hiesigen Proviantamtes stellen.

Die Polizei, Staatsanwalt und Gerichte durch einen im Polizeivigilanten irreführt werden können, zeigte eine Verhandlung, welche gestern die Strafkammer des Landgerichts I abschloß. Wegen gewerbmäßiger Hehlerei waren der bisher in bescholtene Händler Albert Deber, der bereits über ein Jahr in Untersuchungshaft saß und der vielfach darunter auch schon mit Zuchthaus vorbeistaltete Schlossergeselle Willi Paul angeklagt. — Die Kriminalpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß in einem Lokal in der Schillingstraße ein Schirmmacher Maxard Grein den Brotkornhandel im Großen betriebe. Der als Polizeibeamter tätige Angeklagte Kaul erzielte den Auftrag, näheres zu ergründen und tische dann der Polizei das Märchen auf, daß auch der jetzige Angeklagte Deber beteiligt sei und durch den Brotkornhandel 90 000 Mark erworben habe. Die Brotkorn beziehe er von einem Magistratsbeamten bei der städtischen Brotverorgungsstelle. Auf Grund dieser Angaben wurden Grein und Deber verhaftet, aber auch dem Angeklagten widerfuhr das gleiche Schicksal, da An nun Grein ebenfalls verurteilt (belaßte). Grein wurde in der ersten Verhandlung im 1. Jahr Zuchthaus verurteilt, gegen Deber und Kaul wurde der Antrag der Rechtsanwältin Justizrat Dr. Davidsohn und Dr. Paul Pinus f. B. zwecks Vermeidung weiterer Ermittlungen verlagert. In der gestrigen Verhandlung widerrief Kaul seine damaligen Angaben, so daß die ganze Anklage in sich zusammenfiel, was andere Beweismittel fehlten. Die Folge war, daß beide Angeklagte mangels Beweises freigesprochen werden mußten und die Staatskasse mit den nicht unerheblichen Kosten belastet wurde.

Die nengebildete Deputation von zehn Magistratsmitgliedern und zwölf Stadtvorordneten trat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es wurde das gesamte Gebiet der Mahregeln zur Demobilisierung zum Empfang und zur Unterbringung der heimkehrenden Krieger sowie zur Arbeitslosenunterstützung besprochen. Es wurden die Maßnahmen der erforderlichen Mittel bewilligt, um die Kosten der Arbeitlosenunterstützung zu decken, zugleich aber wurde ein besonderer Nachdruck die Notwendigkeit betont, daß neben der obigen Groß-Berliner Gemeinden und dem Staate vor allem die Groß-Berliner Industrie sich opferwillig zur Beschäftigung von Arbeitslosen in den bestmöglichen Umfang bereit zeigt. Die Arbeitslosenunterstützung soll angenommen werden, zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit in der Zufuhr von Kohlen nach Groß-Berlin und zur Erfüllung der Groß-Berliner Kohlenvorräte schleunigst Maßnahmen zu ergreifen.

Für den Empfang der Krieger wurden für jetzt 100 000 Mark bewilligt, der gleiche Betrag für die Sammlung zugunsten der lebenden Krieger.

Einfache Konzerte für Soldaten. Auf Anregung des Stadtrats der Arbeiter- und Soldatenräte finden jeden Mittwoch und Sonnabend nachmittags 4 Uhr im Blüthneraal, Köhlerstraße 76, für die in Berlin weilenden Soldaten große einfache Konzerte des Blüthner-Orchesters unter Leitung von Paul Scheinpsing statt. Der Eintritt ist frei. Angehörige können mitgenommen werden. Die unentgeltlichen Karten sind an der Theaterabteilung der Kommandantur (Theaterstraße 43) und der Buchhandlung des „Vorwärts“ (Köpenickerstraße 3) zu haben. Mittwoch, den 27. d. M., ist das nächste Konzert. (Kolistin: Eitel Haus vom Opernhaus.)

Eiderrückendienst. Alle Eingaben und Zuschriften, die den Sicherheitsdienst Groß-Berlin gerichtet werden, sind nicht mehr an einzelne Persönlichkeiten, sondern nur an die Leitung des Sicherheitsdienstes Groß-Berlin zu richten.

Wichtig! Betriebsausschüsse aller Kriegsgesellschaften! Zur Zwecke der Zusammenfassung aller Kräfte sowie der Verbesserung und Ausfüllung gemeinsamer Forderungen zur Herbeiführung des gesamten Arbeitsverhältnisses, auf Grund deren demnächst Verhandlungen mit den Reichsbehörden stattfinden sollen, die sich ebenfalls auf die Regelung der Entlassungen und die Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern erstrecken, werden durch die Ausschüsse aller Kriegsgesellschaften ersucht, je zwei Vertreter zu einer am Mittwoch, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr in Handelslands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, stattfindenden Besprechung zu entsenden. Als Ausweis ist ein Besprechungsprotokoll mitzubringen. Ebenso sind evtl. schon formulierte Forderungen der einzelnen Betriebe vorzulegen. Zentralverband der Handlungsgesellschaften, Ortsgruppe Groß-Berlin. J. A.: Fritz Schmidt.

Wichtig! Wankempner! Vom Montag, den 26. d. M., betreibt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, Sonnabends 6 1/2 Stunden, die Bezahlung des bisherigen Wochenverdienstes. Über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern erhalten die Kollegen Mitteilung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ordnung Berlin). Eine öffentliche Jugendversammlung findet am Mittwoch, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Kaffee Keller, Lindenstraße Hauptstraße 2, statt. Alle Fabriken müssen Vertreter der Jugendlichen.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Die Samaritergenossen, welche aus dem Felde kommen, werden ersucht, sich sofort wegen dringender Angelegenheiten bei den Vorsitzenden Gust. Dietrich, Köpenickerstr. 25, zu melden. Die nächste Generalversammlung findet am 29. November, Abends 8 Uhr, bei Schulz am Königsgraben Nr. 2, statt.

Zur Abwicklung der Dienstreise der bisherigen Zivilverwaltung für Polen ist eine besondere Kommission unter der Leitung des Verwaltungsrats Warschau, Warschau, Lindenstraße 121 in Berlin errichtet worden. Die Dienststunden sind bis auf weiteres auf die Zeit von 9-5 Uhr festgesetzt.

Kenntnisse für den Sicherheitsdienst des Polizeipreisdiums Berlin werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen, da der Bedarf gedeckt ist.

Auslanddeutsche waren am Sonntag in der Philharmonie zusammengekommen, um ihre Interessen bei der Reichsregierung wahrzunehmen. Ein Mal der Auslandsdeutschen wurde zu diesem Zwecke gewählt.